



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Endenich

September 1983

Die Stationierung verhindern DGB ruft zum Engagement auf

Der Stationierungserbst steht, geht es nach dem Willen der Bundesregierung, vor der Tür. Die Friedensbewegung will mit einer breiten Palette von Aktionen dieser Gefahr begegnen. Bei der SPD zeichnet sich ein klares Nein zur Stationierung ab. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert zum Antikriegstag die Politiker auf, endlich mit der Abrüstung Ernst zu machen.

"Wir können auf die Stationierung der neuen Raketen nicht verzichten", so ließ sich Verteidigungsminister Wörner in diesen Tagen vernehmen. Damit ist die Katze endlich aus dem Sack.

Der CDU und der von ihr geführten Bundesregierung geht es gar nicht darum, in Genf ernsthaft zu einem Verhandlungskompromiß zu kommen. Wörner warnt sogar die USA vor Kompromissen in Genf!



**Nie wieder Krieg! No more War!
Plus jamais de Guerre!
Nunca jamas Guerra! Nooit meer
Oorlog! Aldrig mere Krig!**

Das wäre überhaupt nicht notwendig, denn der Unterhändler der USA selbst hat neulich darauf hingewiesen, daß die Amerikaner in Genf bisher keinen Meter von der westlichen Verhandlungsposition abgewichen seien. Ihr Ziel ist also ein Alles oder Nichts. Ihre "Verhandlungen" sind nicht getragen vom Willen, zu einem für beide Seiten annehmbaren Ergebnis zu kommen.

Gleichzeitig betreibt die CDU/CSU/FDP - Regierung mit grossem Einsatz das, was sie die psychologische Vorbereitung der Bevölkerung auf die Stationierung der Raketen nennt.

Mit immer neuen Horrorzahlen und Pseudogutachten wird der bundesdeutschen Bevölkerung die Gefahr aus dem Osten eingehämmert. Dabei geht es fast zu wie in den fünfziger Jahren: hohe Zeiten für kalte Krieger! Die aggressive Politik der Sowjetunion in Afghanistan und anderswo wird als warnendes Beispiel angebracht, von der menschenverachtenden Politik der Amerikaner in Zentralamerika wird natürlich nicht gesprochen.

Zudem werden wir demnächst mit unseren Steuergeldern eine Flut von Anzeigen des gleichen Inhalts bezahlen dürfen.

In diesen zeitlichen Rahmen fällt diesmal der 1. September, der traditionelle Antikriegstag der Gewerkschaften.

Unter dem Motto "NIE WIEDER KRIEG - ABRÜSTUNG IST DAS GEBOT DER STUNDE" ruft der DGB seine Mitglieder und alle Bürger auf, in diesem Herbst verstärkt für Frieden und Abrüstung einzutreten. ROTKEHLCHEN dokumentiert hier den Aufruf des DGB.

"Am 1. September 1983 ruft der DGB alle Arbeitnehmer auf, aktiv und gewaltfrei für die Sicherung des Friedens in der Welt einzutreten. Die Friedenssehnsucht ist tief in der gewerkschaftlichen Tradition verankert. Seit ihrer Entstehung haben die deutschen Gewerkschaften stets für dauerhaften Frieden zwischen den Völkern und für internationale Zusammenarbeit gekämpft.

Wir fordern:

Die Entspannungspolitik muß konsequent fortgesetzt werden. Das Wettrüsten muß beendet werden. Ziel ist eine umfassende Abrüstung und die Besei-



Übrigens:

Die von der CDU seit Monaten verfolgte Strategie gegen den politischen Gegner wird konsequent weiter betrieben.

Im letzten Bundestagswahlkampf wurden alle, die der CDU nicht folgen mochten, von Geisler flugs zu Verbrechern erklärt. Nur die CDU - Deutschen sind die guten Deutschen.

Doch damit nicht genug. Im Frühjahr machte Geisler weitere Gefahrenquellen in diesem unseren Lande aus. Die Friedensbewegung drohte den kalten Kriegern ihre Raketenfreude zu verderben.

Doch auch mit denen wird Geisler fertig. Er baut sich rasch seine eigene historische Parallele: da gab es in den Dreißigern doch schon mal solche Pazifisten. Und was ist daraus geworden? Sie haben Auschwitz erst möglich gemacht! So einfach ist das Weltbild Geislers. Die Opfer der Konzentrationslager sind ihre eigenen Mörder, warum waren sie auch so unverantwortlich pazifistisch.

Und so geht es dann in der Geisler-Logik weiter: in der Friedensbewegung sind lauter Pazifisten, und was Pazifisten anrichten, haben wir ja damals gesehen.

Aber das hat wohl noch immer nicht gereicht; es wird weiter protestiert. Also überlegt man sich was Neues. Da alle, die nicht mit der CDU sind, Verbrecher sind (siehe oben), muß man sie als solche behandeln.

Durch eine Änderung des Demonstrationsstrafrechts macht man alle, die ihr grundgesetzlich verbrieftes Demonstrationsrecht wahrnehmen, zu potentiellen Kriminellen.

Geisler ein Einzeltäter? Beileibe nicht. Die CDU hat ihm immer beigeppflichtet.

Ihre Strategie kommt einem beklemmend bekannt vor: beschimpfen, diffamieren, kriminalisieren - und dann?

tigung der Massenvernichtungsmittel in Ost und West. Die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen müssen erfolgreich abgeschlossen werden. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben. Die Politik der Friedenssicherung durch Rüstungskontrolle und Abrüstungsverhandlungen muß verstärkt werden. Die Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik dürfen nicht ausgeweitet werden. Die Waffenexporte in die Dritte Welt sind einzuschränken. Zur Beschränkung des Waffenhandels sind internationale Regelungen zu schaffen. Die Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen

Betrieben muß unter Beteiligung der Gewerkschaften erfolgen. Die Friedensforschung und die Friedenserziehung an den Schulen müssen ausgebaut werden.

Der DGB tritt für eine weltweite Wahrung der Menschenrechte ein. Demokratie und Gewerkschaftsrechte, sichere Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und die Beseitigung von Elend, Gewalt, Rassismus und Unterdrückung sind Garantien gegen alle Feinde des Friedens und der Freiheit."

Der DGB Kreis Bonn ruft am 1. September alle Bonner auf, mit einer Demonstration diesen Zielen Nachdruck zu verschaffen. Treffpunkt ist um 18 Uhr die Hofgartenwiese. Es schließt sich um 19 Uhr eine Kundgebung auf dem Marktplatz an.

Praktische Politik vor Ort Wer mitmachen will, ist willkommen

Die Endericher SPD hat, wie andere Ortsvereine dieser Partei auch, verschiedene Arbeitskreise, die sich speziellen Problemen der politischen Arbeit widmen. Wir wollen Ihnen heute den Kommunalpolitischen Arbeitskreis vorstellen.

Im Kommunalpolitischen Arbeitskreis des SPD-Ortsvereins Bonn-West treffen sich einmal im Monat alle die Mitglieder, die meinen, in unserem Gebiet müßten wichtige Dinge untersucht und bekannt gemacht werden, damit sie sich zum Besseren wenden.

Das Gebiet des Ortsvereins geht über Enderich hinaus. Es umfaßt zusätzlich die Weststadt von der Poppelsdorfer Allee entlang der Bundesbahn bis zur Viktoriaabrücke, das Gewerbegebiet zwischen Endericher Straße, Bundesbahn und Autobahn und nicht zuletzt den ja auch zu Enderich gehörenden Wohnbereich auf dem Hügel.

VIelfältige Aktivitäten

Damit das ganze nicht zu theoretisch wird, sollen hier einige Aktivitäten dieses Arbeitskreises vorgestellt werden.

So hat er vor einigen Jahren einmal alle Spielplätze in seinem Gebiet aufgesucht, ihre wirkliche Größe festgestellt und ihren Zustand fotografisch festgehalten. Dabei wurden auch Spielplätze untersucht, die zwar so bezeichnet wurden, den Namen aber nicht verdienten. Diese Bestandsaufnahme wurde zusammen mit konkreten Vorschlägen zur Verbesserung den Bürgern in einer Ausstellung vorgeführt.

Für das "Musikerviertel" hat der Arbeitskreis verschiedene Möglichkeiten untersucht, wie man dort stufenweise zu einer wirkungsvollen Verkehrsberuhigung kommen könnte. Dabei haben auch zahlreiche Bürger aus dem betroffenen Gebiet mitgewirkt. Heraus kam auch eine Variante, die die bestmögliche Verkehrs-

beruhigung bringen würde: kein Durchgangsverkehr wäre mehr möglich! Für genau diese Lösung haben sich dann in einer Bürgerversammlung die Anwesenden fast einstimmig ausgesprochen. Der Vorschlag wurde an die Stadt weitergeleitet, damit er in die noch laufende Planung eingehen konnte.

Probleme im Zusammenhang mit dem Autoverkehr ließen sich hier endlos weiter nennen: Zweite Viktoriaabrücke, Parkhaus der Bundesbahn in der Quantiastraße, Verschmälerung der Straße "Auf dem Hügel", Umgehungsstraße Enderich usw.. Damit hängen dann auch die Fragen nach sicheren Radwegen und Fußgängerüberwegen zusammen.

Aber auch mit ganz anderen Dingen hat sich der Arbeitskreis intensiv beschäftigt: Zustand der städtischen "Schlichtwohnungen" auf dem Hügel. Es fanden viele Gespräche mit den dortigen Bürgern statt mit dem Ziel, so manches Problem gemeinsam leichter lösen zu können. Zu diesen Kontakten gehörten auch einige gut besuchte Kinderfeste.

Fast nicht zu zählen sind die Aktionen für den Sportpark West, der den Enderichern 15 Jahre lang versprochen wurde, ohne daß sich etwas tat.

Wollen Sie mitmachen?

Alle diese Aktivitäten wurden vom Arbeitskreis zusammen mit interessierten Bürgern getragen. Unsere Stadtverordneten und anderen Mandatsträger in den städtischen Gremien haben sich bemüht, viele gute Vorschläge in die Praxis umzusetzen.

Wenn Sie Spaß und Interesse an gemeinsamen Tun für unseren Ortsteil haben, dann besuchen Sie doch einmal den Arbeitskreis. Wann und wo der nächste Treffpunkt ist, können Sie bei der Redaktion erfahren. Auf Ihren Besuch freuen sich die Mitarbeiter!

Obrigens, Schwerpunkt der Arbeit in den nächsten Monaten wird das Thema Umweltschutz in der Kommunalpolitik sein.

SPD fordert: Bleifreies Benzin schon bald!

Alle Welt spricht von bleifreiem Benzin, neuerdings auch die CDU-geführte Bundesregierung. Die Stadt Bonn soll nicht bis 1986 warten, sondern für ihren Fahrzeugpark mit gutem Beispiel vorangehen. Das fordert die SPD von der Verwaltung.

Unser Wald stirbt! Durch diese Schreckensnachricht begann in der Bundesrepublik ein Prozeß des Umdenkens in Umweltschutzfragen, der große Teile der Bevölkerung erfaßte.



„Alles halb so schlimm, ein Wald stirbt, ein anderer wächst nach.“

Haltzinger/tz München

Mit der Verordnung für Großfeuerungsanlagen versuchte die Bundesregierung, diesem Trend zu begegnen. Doch was kam dabei heraus! Die vorhandenen Möglichkeiten werden nicht voll genutzt, die Höchstwerte für den Schadstoffausstoß sind so lax und die Übergangsregelungen so großzügig, daß sich über Jahre nichts an der hohen Luftverschmutzung durch Kraftwerke und Industrie ändern wird.

Neben diesen beiden ist das Auto einer der größten Luftverschmutzer. Auch hier gibt es bereits die Möglichkeit, die Umweltbelastung erheblich zu vermindern. Niemand sorgt jedoch mit dem nötigen Nachdruck für die Einführung der bereits für den Export nach Japan und in die USA serienmäßig hergestellten Katalysatoren. Diese könnten in Verbindung mit geringfügigen Veränderungen an den Motoren den Stickstoffgehalt der Abgase um 80%, den Kohlenmonoxidgehalt um 65% senken. Voraussetzung wäre allerdings bleifreies Benzin, das den Bleigehalt der Abgase zwangsläufig auf Null reduzieren würde.

Deshalb wird die Luft in der Bundesrepublik durch Autoabgase weiterhin jährlich mit rund 1,3 Millionen Tonnen Stickoxiden und 6,2 Millionen Tonnen Kohlenmonoxid belastet. Keine guten Aussichten angesichts des Waldsterbens und der steigenden Zahl der Atemwegeerkrankungen.

Was fehlt, ist der konsequente Druck des Gesetzgebers auf alle Beteiligten. Alle europäi-

schen Nachbarn bis auf Italien und Frankreich wären bereit, bleifreies Benzin so schnell wie möglich einzuführen. Die Bundesrepublik sollte hier den Vorreiter spielen. Stattdessen entscheidet sich die Bundesregierung wiederum nur für eine halbherzige Lösung: erst ab 1986 soll bleifreies Benzin kommen.

Für die Autofahrer wären die notwendigen Maßnahmen mit einer Verteuerung des Benzins um etwa 2 Pfennige, einem rund 3% höheren Verbrauch und dem Einbau des 500 bis 1.000 DM teuren Katalysators verbunden, der eine Lebensdauer von rund 80.000 km hat.

Das alles wären relativ geringe Kosten angesichts des unermesslichen Gewinns, den sauberere Luft für uns alle darstellen würde.

STADT SOLL VORANGEHEN

Was aber kann getan werden, um zur möglichst raschen Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen beizutragen?

Die SPD ist der Meinung, daß Bund, Länder und Gemeinden für ihren Bereich mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Sie sollen nicht das Jahr 1986 abwarten, sondern ihren Fahrzeugpark umweltfreundlich umrüsten.

Die SPD wird deshalb zunächst die Stadtverwaltung und die Stadtwerke auffordern, die städtischen Fahrzeuge mit Katalysatoren auszurüsten und mit bleifreiem Benzin zu betreiben.

Es ist höchste Zeit zum Handeln, denn wenn nicht bald entscheidendes geschieht, stirbt auf Dauer nicht nur der Wald.

HEIMLICHE PREISERHÖHUNGEN

Da das Liniennetz in Bonn so angelegt ist, daß fast alle Linien über das Zentrum am Zentralen Omnibusbahnhof gehen, wird für viele Bus- und Bahnbenutzer ohne besonders beschlossene Tarifierhöhung allein durch die Einführung des neuen Zonenplans eine beträchtliche Fahrpreiserhöhung wirksam.

Die SPD tritt seit langem für ein neues Tarifsystem, insbesondere für Kurzstreckentarife ein. Nicht jedoch auf der Basis erneuter Verteuerung der Fahrpreise!

Darum fordert die SPD, das gesamte Verkehrsgebiet des Tarif- und Verkehrsverbundes "Rhein-Sieg" in gleich große Tarifzonen einzuteilen. Für Bonn würde das bedeuten, daß das gesamte Stadtgebiet aus zwei Tarifzonen bestehen würde, also keine Fahrpreiserhöhung durch die Umstellung auf ein neues Tarifsystem eintritt.

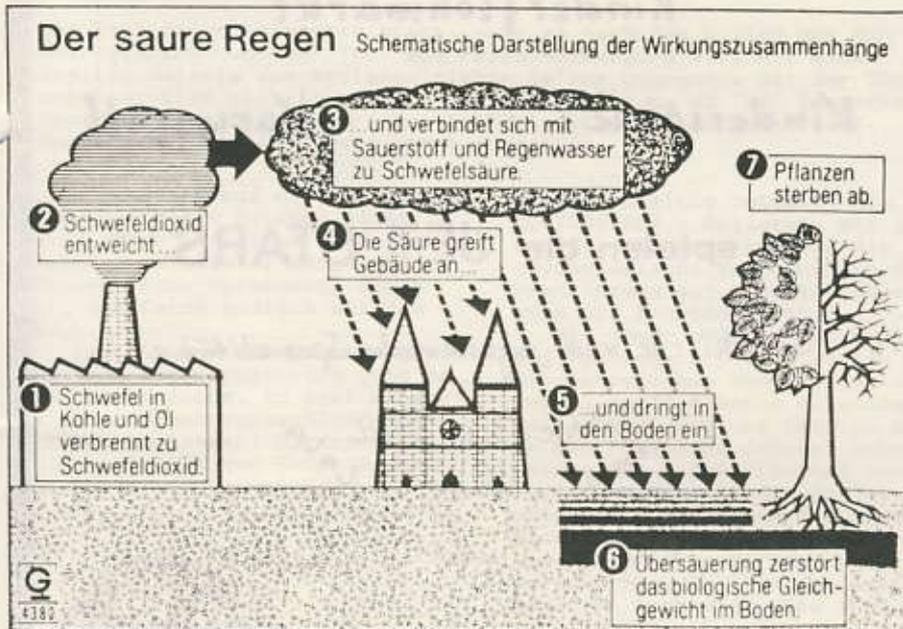
VERBESSERUNGEN JA!

Die Bonner SPD unterstützt die beabsichtigten Verbesserungen des neuen Tarifsystems, insbesondere

- die Einführung eines Kurzstreckentarifs mit einem Preis von ca. 1,40 DM,
- die Ausgabe von Wochen- und Monatskarten für Kurzstrecken,
- das Entfallen der Streckenbindung für Zeitkarten (wahlweise Benutzung verschiedener Fahrwege).

Nur auf der Basis dieser Verbesserungen, also ohne Fahrpreiserhöhung durch die Hintertür, wird die SPD dem neuen Tarifzonenplan zustimmen.

Hans Dieter Witte



Neue Tarife bei Bahn und Bus SPD für gerechte Lösung

In letzter Zeit war in den Bonner Zeitungen wieder viel zu lesen von neuen Tarifen bei den Bonner Bahnen und Bussen. Von neuen Zonen und Kurzstreckentarifen war die Rede. Was ist von diesen Plänen zu halten. Hans Dieter Witte, SPD-Stadtverordneter und Vorsitzender des Stadtwerkeausschusses sandte uns dazu folgenden Beitrag.

Die Stadtwerke Bonn beabsichtigen, zusammen mit den anderen im Tarif- und Verkehrsverbund "Rhein-Sieg" zusammengeschlossenen öffentlichen Verkehrsunternehmen ein neues Tarifsystem auch für Bonn einzuführen.

Dabei soll das bisherige System, wonach das gesamte Stadtgebiet eine Großzone bildete (und zum Normalfahrpreis von 2,20 DM beliebig durchfahren werden konnte), durch jetzt insgesamt sieben neue Tarifzonen ersetzt werden.

Um die Mittelzone im Zentrum der Stadt würden sich sechs Zo-

nen herumgruppieren. Da nach dem neuen System nur zwei Zonen zum bisherigen Fahrpreis von 2,20 DM befahren werden können, müßten alle Bahn- und Busbenutzer, die drei Zonen durchfahren, künftig 1,10 DM oder 50% mehr zahlen.

Dies führt dazu, daß insbesondere die Benutzer von Bahn und Bus aus den am Rande der Stadt gelegenen Ortsteilen stark benachteiligt werden, wenn sie z.B. von Duisdorf durch die City nach Beuel oder Bad Godesberg, in den Bonner Norden oder in das Regierungsviertel fahren wollen.

Chile kämpft - Nicaragua lebt

"CHILE KÄMPFT - NICARAGUA LEBT". Unter diesem Motto lädt der Landesverband Nordrhein - Westfalen der SPD am Samstag, den 10. September 1983, um 18 Uhr zu einer Solidaritätsveranstaltung in die Essener Grugahalle.

Anlaß ist der zehnte Jahrestag des blutigen Militärputsches in Chile sowie die akute Bedrohung Nicaraguas durch dessen von den USA unterstützten Nachbarn.

Sprechen werden auf dieser Veranstaltung unter anderem der nicaraguanische Minister Ernesto Cardenal, Hortencia Allende, Johannes Rau und Ilse Brusch vom DGB.

Am Kulturprogramm sind neben anderen beteiligt die chilenische Gruppe INTI ILIMANI, Maria Faranturi, André Heller sowie die niederländische Gruppe BOTS.

Zu dieser Veranstaltung haben unter anderem der DGB-Landesverband NRW, die sozialistische Partei Österreichs und verschiedene kirchliche Organisationen aufgerufen.

Hat Bonn zu viele private Brunnen?

Wird gutes Wasser in Bonn ver-
geudet? Gehen der Stadt durch
private Brunnen Jahr für Jahr
große Einnahmen verloren? Ant-
wort auf diese Fragen fordert
die SPD von der Verwaltung der
Stadt Bonn.

In Bonn gibt es unzählige
Brunnen, die neben der städti-
schen Wasserversorgung Wasser
fördern. Mindestens 100 Millio-
nen Kubikmeter wertvolles Grund-
wasser werden auf diese Art und
Weise dem Erdboden entzogen.
Allein aus einer Zapfstelle im
Bereich der Karl-Straße dürfen
aus acht dort vorhandenen Brunnen
jährlich bis zu 12 Millionen Kubik-
meter Wasser gefördert werden.

Angesichts der immer größer
werdenden Bedeutung sauberen Was-
sers wie der verheerenden Folgen
beim Absinken des Grundwassers
für das Baumsterben haben die
SPD-Stadtverordneten Witte und
Naaß die Verwaltung aufgefordert,
sich mit diesem Problem ausein-
anderzusetzen.

DAS GRUNDWASSER SINKT ZU TIEF

Nachgewiesen ist, daß viele
Bäume, insbesondere bei einer
längeren Hitzeperiode wie in die-
sem Sommer, durch das ständige
Absinken des Grundwasserspiegels
zugrundegehen, da die Wurzeln
nicht mehr das Grundwasser er-
reichen.

Neben dieser negativen Auswir-
kung auf unsere Umwelt gilt die
Kritik auch dem Umstand, daß das
wertvolle, über Brunnen geförder-
te Grundwasser überwiegend als
Brauchwasser für industrielle
Zwecke benutzt wird, während vie-
le Bonner Bürger, etwa in den
südlichen Stadtteilen, das nicht
gerade gleich gute Uferfiltrat
des Rheins trinken müssen.

Hinzu kommt, daß durch die
Wasserentnahme über diese Brun-
nen der Stadt große Einnahmen
verlorengelassen.

Die SPD setzt sich dafür ein,
daß die Wasserentnahme über Brun-
nen auf ein vertretbares, die
Umwelt nicht belastendes Maß re-
duziert wird. Vor allem darf wert-
volles Grundwasser nicht für in-
dustrielle Verwertung verschwen-
det werden, sondern sollte als
Rohwasser der Trinkwasserversor-
gung zugeführt werden.

Der SPD-Ortsverein Bonn-West
lädt ein zu einer öffentlichen
Veranstaltung:

AKTUELLE FRAGEN DER LANDESPOLITIK

Es spricht Dr. Dieter Leister,
Staatssekretär im nordrhein -
westfälischen Innenministerium.

Die Veranstaltung findet in
der Gaststätte Harmonie in der
Prongasse statt. Beginn: 20 Uhr.

A. ENDENICHER BURGFEST

10. September 1983, 14 Uhr

Kinderflohmarkt

Kinderspiele

Karussell

Es spielen die JET STARS

Griechische und jugoslawische Spezialitäten

Limbo Weinstand
Bier Cola

Kaffee und Kuchen

Wir laden ein SPD BONN-WEST

Gewiss	leerl. Abend- umzug	Temen- aus- druck	Heu- tier	Auf- löser
▶				
▶		Heidel- baum		An- schrift
Hand- lung, Aktion		Pferd- gang- art		
Schmer- keit				
Tür- glocke		griech. Such- stole		Eul. Abk.
▶				
byzant. Kaiser- in				in dem Kupfer
				Verhält- niswert
Ueb- Abk.				
		prophete Pater Jesu		
Teil des Munder				



Rotkehlchen

Wochenzeitung für Bonn

Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 5.300
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantwortlich),
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156